

■ Genug Kohle für neue Energien?

Das Bundeskabinett hat das 6. Energieforschungsprogramm verabschiedet.

Ein steigender Energiebedarf, schwindende Vorräte an fossilen Brennstoffen und der Klimawandel machen die Suche nach einer nachhaltigen und dabei bezahlbaren Energieversorgung zu einer der drängendsten Zukunftsfragen. Für eine großangelegte Energiewende sind verstärkte Anstrengungen in Forschung und Entwicklung notwendig. Wie diese in Deutschland aussehen sollen, dokumentiert das unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erarbeitete 6. Energieforschungsprogramm, das Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) am 3. August vorgestellt hat.¹⁾ Es legt die Grundlinien und Schwerpunkte der Förderpolitik der Bundesregierung im Bereich Energietechnologien für die kommenden Jahre fest.

Seit dem 5. Energieforschungsprogramm von 2005 ist viel passiert: Die Regierung hat gewechselt, auf den von SPD und Grünen beschlossenen Atomausstieg folgte die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken durch CDU und FDP. Die Katastrophe von Fukushima führte schließlich zum Atommoratorium und zum Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung.

Für einen beschleunigten Umbau der Energieversorgung sollen die Fördermittel auf erneuerbare Energien, Effizienz, Speicherung,

Netztechnologien sowie die Integration der erneuerbaren Energien fokussiert werden. Im Bereich der erneuerbaren Energien will insbesondere das Bundesumweltministerium Mittel zur Verfügung stellen, um Projekte von Wind bis Photovoltaik, von solarthermischen Kraftwerken bis Geothermie zu unterstützen.

Für den Zeitraum von 2011 bis 2014 plant die Bundesregierung rund 3,5 Milliarden Euro für die Förderung der Energieforschung ein, rund 75 Prozent mehr gegenüber der Vergleichsperiode 2006 bis 2009. Das klingt beeindruckend, relativiert sich aber beim Blick ins Kleingedruckte: Der Mittelaufwuchs soll nämlich aus dem zum 1. Januar neu eingerichteten „Energie- und Klimafonds“ kommen, der sich aus der „Kernbrennstoffsteuer“ speist. Die Bundesregierung wollte damit ursprünglich einen wesentlichen Teil der zusätzlichen Erlöse der Kernkraftwerksbetreiber abschöpfen, die aus der Laufzeitverlängerung zu erwarten waren. Auch wenn die vom Tisch ist, sollen die Steuern nach dem Willen der Bundesregierung fließen. Die Betreiber der Kernkraftwerke weigern sich jedoch zu zahlen, der

Energiekonzern E.ON hat bereits angekündigt, gegen die Kernbrennstoffsteuer zu klagen. Damit wird es fraglich, ob der versprochene Mittelzuwachs tatsächlich gesichert ist.

Die Mittel für eine möglichst rasche Wende zu alternativen Energieformen verringern sich weiter, da rund 300 Millionen Euro auf die Forschung zu atomaren Endlagern entfallen. Rund 600 Millionen Euro sind für die Kernfusion vorgesehen, deren Erfolg jedoch noch in ferner Zukunft liegen dürfte. Frühestens 2050

rechnet man hier mit einem Beitrag zur Energieversorgung.

Die deutschen Akademien hatten bereits 2009 ein „Konzept für ein integriertes Energieforschungsprogramm für Deutschland“ vorgestellt, und dabei besonders eine effektive Koordination gefordert.²⁾ Dem soll das 6. Forschungsprogramm unter anderem durch verstärkte Abstimmung sämtlicher Energieforschungsaktivitäten und durch den Ausbau der „Koordinierungsplattform Energieforschung“ Rechnung tragen.

Alexander Pawlak



1) Mehr Infos auf www.bmwi.de/Navigation/Energie/energieforschung.html

2) Der Link zur vollständigen Studie findet sich auf www.acatech.de/de/projekte/laufende-projekte/energieforschungs-konzept.html

■ Empfehlungen für Forschungsbauten

Der Wissenschaftsrat befürwortet 16 Forschungsvorhaben für die Förderphase ab 2012.

Anfang Juli hat der Wissenschaftsrat zum sechsten Mal seine Empfehlungen zur Förderung von Forschungsbauten vorgelegt.⁵⁾ Darin befürwortet er 16 Vorhaben mit Gesamtkosten von 462 Millionen Euro für eine vierjährige Förderperiode und gibt anhand vielfältiger Bewertungskriterien eine Reihung vor. Der Wissenschaftsrat hat die Anträge auf ihre Zielstellung, die Qualität

der Forschungsprogrammatik, die Qualität der Vorarbeiten beteiligter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auf die nationale Bedeutung des Vorhabens sowie seine Einbettung in die Hochschule hin überprüft.

In diesem Jahr waren überwiegend Anträge aus den Natur- und Lebenswissenschaften erfolgreich. Im Bereich Physik hat das Hanno-

versche Institut für Technologie (HITec) am besten abgeschnitten und ist auf Platz 2 in der Liste der empfohlenen Projekte gelandet (Tabelle). An diesem Forschungszentrum für Quantenphysik sind die Fachgebiete Physik, Geodäsie und Ingenieurwissenschaften beteiligt. Neben Grundlagenforschung im Bereich der Quantentechnologie zielt das knapp 30 Millionen Euro

5) www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1419-11.pdf